



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 05/2023
Palermo, 15.03.2023



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 05/2023

Palermo, 15.03.2023

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Humanitäre Korridore

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erneut eine "europäische Lösung" versprochen, um Tragödien wie das **schwere Schiffunglück vom 26. Februar bei Steccato di Cutro** in der Provinz Crotone (Kalabrien) mit mehr als **86 Toten**, darunter viele Kinder, zu vermeiden. Die **EU-Kommission** plane eine Verstärkung der SAR-Aktivitäten im Mittelmeer und die Bereitstellung von einer halbe Milliarde Euro bis 2025 für humanitäre Korridore, welche die **Aufnahme von 50.000 Menschen** in Europa ermöglichen soll. Diese Aussagen



Demonstrant*innen am Strand von Cutro, 12. März 2023

sollten jedoch nicht davon ablenken, dass die EU-Kommission die sog. **libysche Küstenwache weiter stärken** und sog. „Anti-Schmuggel-Partnerschaften“ mit Tunesien und Ägypten eingehen möchte. Diese

beinhalten großzügige Finanzierungen sowie "weitere Unterstützung für Libyens maritimes Grenzmanagement und Such- und Rettungskapazitäten". Über die **menschenverachtenden Migrationspolitiken Libyens**, welche auch durch Gelder aus Europa ermöglicht werden, und ihre tödlichen Konsequenzen berichten wir regelmäßig im [Scirocco](#) sowie in [anderen Publikationen](#) von [borderline-europe](#).

Italienische Politik

Der italienische **Innenminister Matteo Piantedosi** wies nach dem Schiffunglück vom 26. Februar darauf hin, dass die gefährlichen Überfahrten ein **internationales Problem** seien. Er reiste daher nach Frankreich, um sich mit seinem französischen Amtskollegen zu besprechen. Derzeit wird allerdings auch ein **möglicher Rücktritt von Piantedosi** diskutiert. Er selbst äußerte sich mit einer Erklärung aus Malta auf die hartnäckigen Gerüchte, er werde seinen Posten nicht verlassen. Auch die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni äußerte sich zu dem Schiffunglück vom 26. Februar mit den Worten, dass es **zu vielen Fehlern und Nachlässigkeiten** gekommen sei. Aus diesem Grund habe sie Matteo Piantedosi vorgeladen und die neuen, den Sicherheitsdekreten von Salvini entlehnten, Vorschriften zur Verschärfung der Aufnahmebedingungen von Migrant*innen und Geflüchteten vorerst **eingefroren**. In einem **Brief an den Europäischen Rat und die EU-Kommission** betonte Meloni die moralische Pflicht zu verhindern, dass sich solche Ereignisse wiederholen. Sie erläuterte, dass dazu ein Europa nötig sei, das schnell handle und Italien unterstütze. Fakt ist, dass der **Ministerrat vor allem auf die Bekämpfung der so genannten „Schlepper“ aus ist**. Schuld an dem Unglück vor der kalabrischen Küste seien allein die „Schlepper“, nicht etwa die

europäische Migrationspolitik. Erforderliche Maßnahmen sind nach dem Wunsch der italienischen Regierung eine weitere Abschottung und Verträge mit Transit- und Herkunftsstaaten, die die unerlaubte Einreise unterbinden soll. Meloni und ihre Minister wurden in Cutro von wütenden und



Kleidungsstücke und Holz des verunglückten Bootes in Cutro, Foto: Anna Zinnanti

entsetzten Familienangehörigen der Opfer und Überlebenden empfangen, die gemeinsam mit anderen Demonstrant*innen **Plüschtiere – ein Hinweis auf die vielen toten Kinder** – nach ihr und den Minister*innen warfen. Nach dem Treffen des Ministerrats in Cutro befand es die Premierministerin nicht einmal für nötig, die Verwandten und Überlebenden in der Pala Milone aufzusuchen. In dieser Halle in Crotona sind alle Opfer – bis zum 15. März wurden **86 Leichen geborgen** – aufgebahrt. Am 12. März riefen lokale Gruppen eine **landesweite Demonstration** gegen das Sterbenlassen auf See aus, um die 5. - 6.000 Menschen folgten dem Aufruf an den Strand des Unglücks in Kalabrien.

Neues Regierungsdekret

Das neue „**Regierungsdekret über die sogenannten Migrationsströme**“ wird auf drei Jahre (2023-2025) befristet und enthält **acht Punkte**: Unter anderem sieht es eine Verschärfung der Einreisebestimmungen durch bevorzugte Einreisekontingente für migrantische Arbeiter*innen aus Ländern vor, die in Medienkampagnen gemeinsam mit dem italienischen Staat vor den Risiken der Flucht nach Europa warnen. Ebenso sind einfachere Verfahren für Rückführungen sowie eine mögliche **Belohnung für diejenigen, die eine illegale Ausreise verhindern, geplant**. Hiermit sind Personen gemeint, die andere an der Flucht nach Italien (!) hindern. **Weiterhin** finden sich in dem Dekret langjährige Gefängnisstrafen bis zu 30 Jahren für angebliche Schmuggler*innen, welche für katastrophale Schiffbrüche auf See verantwortlich gemacht werden. Zudem ist die Beschleunigung der Ausschreibungen für den Bau von Abschiebehaftanstalten und die Verstärkung der maritimen Überwachung im neuen Dekret vorgesehen.

Bericht zu Abschiebungen

Der **Garante nazionale delle persone private della libertà** („nationaler Garant für Personen im Freiheitsentzug“) hat einen dritten **Bericht über die zwischen Juli 2021 und September 2022 durchgeführten Zwangsrückführungen** von Migrant*innen nach Tunesien, Nigeria, Ägypten, Albanien und Georgien veröffentlicht. Hauptziel des Berichts ist eine umfassende Bewertung und Kritik der durchgeführten Aktivitäten und der von den zuständigen Behörden ergriffenen Maßnahmen. Darüber hinaus betont der Bericht die Wichtigkeit von Sprachmittler*innen, um die betroffenen Personen über ihre Rechte aufzuklären.

Situation der Geflüchteten

Aufgrund der **inakzeptablen Arbeitsbedingungen** haben die **Mitarbeitenden des Hotspots Contrada Imbriacola** auf Lampedusa einen **Streik** für den 15. März 2023 angekündigt. Badia Grande, der Träger des Aufnahmezentrums, gehört zu den größten Genossenschaften in der Provinz Trapani und steht seit geraumer Zeit wegen **Betrug und Ungereimtheiten bei der Verwaltung von Aufnahmezentren** in der öffentlichen Kritik. Badia Grande wurde Korruption bei der Ausschreibung der Verwaltung der Abschiebungshaft Trapani Milo vorgeworfen; zudem gibt es Bestrebungen, Badia Grande die Verwaltung des Hotspots Lampedusa zu entziehen und neu auszuschreiben. **Die jüngsten Entwicklungen** geben Hoffnung, dass ein großer Träger wie Badia Grande endlich für die eigenen Fehler verantwortlich gemacht wird.

Migrantische Arbeiter*innen

Die **italienische Regierung** bereitet derzeit ein **Dekret zur Aufnahme von 100.000 migrantischen Arbeiter*innen pro Jahr** vor – dieses Dekret stellt durchaus einen Bruch mit der harten Politik der Grenzschießung der Lega unter Matteo Salvini dar, die der Realität der italienischen Ökonomie nicht standhalten kann. Unternehmen der Industrie, Landwirtschaft, Tourismus und des Dienstleistungssektor, welche auf diese Arbeitskräfte angewiesen sind (wir berichteten u.a. [hier](#)) – fordern die doppelte Anzahl. Der italienische Minister für Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Forstwirtschaft, **Francesco Lollobrigida** sowie der Minister für Katastrophenschutz und Meerespolitik **Nello Musumeci** (beide von der rechten Partei Fratelli d'Italia) sprechen hingegen von **annähernd 500.000 legalen Einwanderer*innen**, welche jedes Jahr durch multilaterale und bilaterale Abkommen nach

Italien einreisen sollten, „weil die humanitären Korridore und die Kriegsgeflüchteten nicht ausreichen“ würden, um den Bedarf der Wirtschaft zu decken. Diese Forderungen sind zynisch, wenn man bedenkt, dass **viele jener Menschen, die sich bereits in Italien befinden,**



Blumen gedenken der Toten von Cutro

gar keine Arbeitsgenehmigungen erhalten und daher in **gesetzlichen** Limbos und prekären Lebenssituationen festgehalten werden.

Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger

Der neue Bericht **„Hidden in plain sight – South Frontier“** von Save the Children beschreibt die **prekäre Situation unbegleiteter Minderjähriger im** italienischen Schutz- und Aufnahmesystem. Laut der Verfasser*innen sei es unter anderem notwendig, die **bestehenden, regulären und sicheren Einreisekanäle** wie Familienzusammenführung, Einreise zu Studien- und Arbeitszwecken und humanitäre Korridore zu stärken, um das Risiko des Menschenhandels zu verringern und eine sichere und reguläre Migration zu fördern. Zudem müsse das **Gesetz 47** aus dem Jahr **2017**, die so genannte „legge Zampa“ (nach der damaligen Staatssekretärin im Gesundheitsministerium), welches die Unterbringung von Minderjährigen binnen 30 Tagen nach der Ankunft in einer Aufnahmeeinrichtung oder

im Familienpflegekreis garantiert, endlich umgesetzt werden.

„Scafisti“

Wie die jüngsten Aussagen der von Giorgia Meloni geführten italienischen Regierung zeigen, bedarf es immer wieder einer Aufklärung, dass die Fahrer*innen der Fluchtboote („scafisti“) **nicht mit jenen Personen gleichzusetzen sind**, welche die gefährlichen Überfahrten organisieren (Menschenhändler*innen).



Landesweite Demonstration am Strand von Cutro, 12. März 2023

Die italienische Regierung versucht seit längerem sowohl die Aktivitäten von Menschenhändler*innen als auch die von "scafisti" zu unterbinden, doch während Menschenhändler*innen meist sehr schwer zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen sind – sehr selten gelingen Ermittlungen und Verurteilungen dieser Art – werden in Italien jedes Jahr Dutzende sog. "scafisti" verhaftet. Seit dem schweren **Schiffsunglück vom 26. Februar** hat sich die **migrationsfeindliche Rhetorik** gegen die i.d.R. unschuldigen Migrant*innen und Geflüchtete, welche zum Beobachtungszeitpunkt durch die italienische Küstenwache oft zufällig am Ruder eines Bootes stehen und daher als „scafisti“ deklariert werden, wieder verstärkt. Dass es sich jedoch bei den meisten **Verhafteten nicht um „Schmuggler“ handelt** zeigt das Interview mit dem Bruder eines der verhafteten Geflüchteten in Cutro.

Auch er hat die gleiche Summe bezahlt wie die anderen Passagiere. Allein im Jahr 2022 wurden 52 türkische, 14 russische und neun ukrainische Personen als mutmaßliche „scafisti“ verhaftet (siehe auch [diese Veröffentlichung](#) von Arci Porco Rosso sowie der Bericht „[Dal mare al carcere](#)“).

Das Einwohnermeldeamt - ein untergehendes Schiff

In ihrem neuen Artikel für das gemeinsame Monitoringprojekt berichtet das ARCI Porco Rosso über die Hindernisse, in Palermo eine Meldebescheinigung zu erhalten. Ohne Wohnsitzbescheinigung sind Migrant*innen aber von jedweder sozialen Unterstützung und Dienstleistungen ausgeschlossen – oft mit tragischen Folgen. Hier geht es zur [„Titanic“](#).

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer Homepage sowie in den vorherigen Ausgaben des Scirocco.

Wir widmen diese Ausgabe den Toten von Cutro und allen weiteren Menschen, die durch die Festung Europa sterben mussten.

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.